

EUROPA BRAUCHT UNS – WIR BRAUCHEN EUROPA

Europa ist kein Projekt mehr – Europa ist für junge Menschen ein wichtiger Teil ihres Lebens. Aus diesem Grund haben wir uns zu den Europawahlen positioniert. Unsere wichtigsten Forderungen:



DEMOKRATIE & RECHTSSTAATLICHKEIT

Die EU muss Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa sichern und stärken. Laufende Rechtsstaatlichkeitsverfahren muss die EU konsequent umsetzen. Finanzielle Sanktionen treffen in der Regel zivilgesellschaftliche Strukturen. Deshalb sind finanzielle Anreize für Rechtsstaatlichkeit zu bevorzugen.



EUROPÄISCHER KONVENT

Wir fordern zeitnah einen europäischen Konvent. Der soll die institutionell-demokratischen Herausforderungen der EU klären. Wir wollen eine breite gesellschaftliche Diskussion zur Zukunft Europas, die von der Zivilgesellschaft mitgestaltet werden muss.



SICHTBARER PARTEIENWETTBEWERB

Die Wahlen zum Europäischen Parlament müssen politisiert und europäisiert werden. Das steigert die Wahlbeteiligung. Wir fordern einen sichtbaren Wettbewerb der Parteien um die besten europäischen Inhalte. Wir wollen die Einführung von transnationalen Listen und die Weiterführung des Spitzenkandidat*innen-Systems. Jugendliche müssen möglichst früh in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Sie sollen in Europa bereits ab 14 Jahren wählen.



JUGENDPOLITIK GESTALTEN

Parteien sollen vermehrt junge Menschen auf die Europa-Wahlliste setzen. Sie müssen die Zivilgesellschaft verbindlich in den Diskurs einbinden. Parteien müssen Jugendpolitik strukturell und ressortübergreifend mitdenken und proaktiv organisieren.



POLITISCHER EU-HAUSHALT

Wir fordern einen transparenten und nachhaltigen EU-Haushalt mit eigenen Ressourcen, denn Europa braucht finanziell eine Neuausrichtung. Nationale Rabatte gehören abgeschafft. Der Haushalt muss an die politischen Prioritäten der EU angepasst werden. Ein*e EU-Finanzminister*in soll ernannt werden. Wir fordern außerdem eine zukunftsorientierte Struktur- und Investitionspolitik sowie gemeinsame Untergrenzen für Unternehmenssteuern in Europa.



TRANSPARENTE GESETZGEBUNG

Der europäische Gesetzgebungsprozess muss in allen Phasen transparent und nachvollziehbar sein. So wird verhindert, dass Brüssel als Synonym oder die EU als Institution zum Sündenbock für demokratische Entscheidungen auf europäischer Ebene gemacht werden. Ein verbindliches Lobby-Register muss her, das Trilog-Verfahren darf nur bei besonders dringender EU-Gesetzgebung angewendet werden.



SOZIALE MINDESTSTANDARDS

Die EU muss allen Menschen ein Leben in Würde, ohne Armut und soziale Ausgrenzung garantieren. Dazu braucht es endlich verbindliche Mindeststandards für Arbeitsbedingungen wie Lohn und Mindestlohn, Arbeitslosenversicherung und Mindesteinkommen. Die EU soll weiter eine Vorreiterrolle in der Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik sowie im Minderheitenschutz spielen.



STARKES JUGENDPROGRAMM

Die Bildungs- und Jugendförderprogramme Erasmus+ und der Europäische Solidaritätskorps müssen bedarfsgerecht und strukturell ausgebaut werden. Ein starkes und sichtbares Jugendprogramm ist für junge Menschen zentral. Demokratisch organisierte Jugendverbände sind finanziell zu fördern; sie spielen eine wichtige Rolle in der pädagogischen Begleitung der Jugendbegegnungen in Europa.



LANGFRISTIGER KLIMASCHUTZ

Wir fordern eine langfristige Klimaschutzstrategie mit dem europaweiten Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Die Nachhaltigen Entwicklungsziele müssen in allen EU-Institutionen und -Entscheidungsprozessen strukturell einbezogen werden. Wir fordern eine Umsetzungsstrategie mit Zeitplan, Zielen und konkreten Maßnahmen. Die Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Energieträgern in Europa ist struktur- und sozialverträglich bis zu einer unabhängigen, klimaneutralen Wirtschaft abzubauen.



MENSCHENWÜRDIGE MIGRATIONSPOLITIK

Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer offenen und menschenwürdigen europäischen Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik. Abschottung ist keine politische Option. Wir fordern legale Fluchtwege und setzen auf Lebensrettung an den europäischen Außengrenzen. Eine auf Menschenrechten basierte Asyl- und Migrationspolitik ist die Aufgabe aller Mitgliedsstaaten. Seenotrettung ist eine humanitäre Pflicht zur Rettung von Menschenleben und kein Verbrechen, das für politische Debatten instrumentalisiert werden darf.



DIGITALE STANDARDS

Die EU muss weiter wichtige Standards in der Medien- und Digitalpolitik setzt, wie ihr das mit der Datenschutzgrundverordnung gelungen ist. Die EU muss zudem das Potenzial digitaler Jugendarbeit fördern.



INTEGRATION DES WESTBALKAN

Die EU muss den Integrationsprozess besonders im Westbalkan mit Nachdruck weiterführen. Die demokratischen Kräfte dort müssen gestärkt werden, es bedarf einer strukturellen Förderung der Zivilgesellschaft, insbesondere der Jugendringstrukturen.

Der Deutsche Bundesjugendring setzt sich dafür ein, dass junge Menschen sich mit europäischer Politik auseinandersetzen, sich einbringen, wählen gehen und sich über die Grenzen hinaus gemeinsam engagieren. Wir haben den Mut, zukunftsorientiert zu denken und die Europäische Union weiterzuentwickeln. Ohne uns wird die Union nachhaltig und langfristig nicht funktionieren.